

## AKTUELL

## FLÜCHTLINGE

# Rückführungsgesetz in der Kritik

Richard Graf

**Die Beratende Menschenrechts-Kommission (CCDH) hat fundamentale Bedenken gegen die Gesetzesvorlage 6218.**

In einem ausführlichen Gutachten beschäftigt sich die CCDH mit dem Gesetzesprojekt 6218. Dahinter verbirgt sich die Luxemburger Umsetzung der sogenannten „Directive retour“. Jener EU-Direktive aus dem Jahre 2008, die die Rückführungsbestimmungen von nicht anerkannten Flüchtlingen europaweit harmonisieren soll und die in der Folge in „Directive de la honte“ umgetauft wurde.

Die Direktive sieht Mindestnormen vor, die durchaus eine liberale Handhabung der einzelnen Mitgliedsstaaten zulassen. Die CCDH bedauert, dass dieser vorgesehene Freiraum nicht gänzlich vom Immigrationsministerium umgesetzt wurde.

Wie so oft steckt die Tücke im Detail. Bislang verlangte das Gesetz, dass Anträge auf Asyl oder einen sonstigen humanitären Status grundsätzlich gestellt werden müssen bevor der Antragsteller luxemburger Territorium betritt. Ein Antrag vor Ort war auch schon früher die Ausnahme. Diese Disposition wird jetzt dadurch verschärft, dass nicht im Ausland eingereichte Anträge als grundsätzlich unzulässig eingestuft werden. Die Unzulässigkeit bedeutet aber auch, dass solche Antragsteller fristlos ausgewiesen werden können. Weil außerdem auch noch die Ausnahmestrukturen verschärft werden, befürchtet die CCDH, dass im Prinzip alle nicht regulierten Flüchtlinge in Luxemburg von einer sofortigen Rückführung ohne jegliches Verfahren betroffen sind.

Die CCDH bedauert ebenfalls, dass die Gesetzesreform nicht dazu benutzt wurde wichtige Regelungen im Falle einer zwangsweisen Rückführung festzuschreiben. Wann etwa dürfen Sicherheitskräfte zum Beispiel in Flüchtlingsheime eindringen? Die Unverletzbarkeit der heimischen Wohnung gilt auch für Flüchtlinge. Außerdem haben Zwischenfälle in Belgien oder Frankreich, bei denen Flüchtlinge beim Versuch sie ruhigzustellen umgekommen sind, deutlich gemacht, dass verschiedene Praktiken grundsätzlich per Gesetz verboten werden müssten.

Das neue Gesetz schreibt Mängel der alten Gesetzgebung fort, und bietet den Rückgeführten kaum Zugang zu rechtsstaatlich verankerten Einspruchsverfahren. Wird zusätzlich zur Rückführung von Flüchtlingen ein Einreiseverbot ausgesprochen, geschieht dies in der Regel erst Wochen nachdem die betroffene Person das luxemburger Territorium verlassen hat. Dass es eine solche Entscheidung überhaupt gibt, erfahren die ehemaligen Flüchtlinge oft erst, wenn sie versuchen in ein Land des Schengen-Territoriums einzureisen und unverhofft abgewiesen werden. Für einen Einspruch ist es dann zu spät.

Grundsätzlich stört sich die CCDH an den „Kann“-Formeln des Gesetzes, welches nicht vorsieht, wann der zuständige Minister eine Aufenthaltsgenehmigung ausstellen „muss“. Die im alten Gesetz vorgesehene Überprüfung jedes Einzelfalles nach gewissen humanitären Kriterien, bevor ein negativer Bescheid ausgestellt wird, soll ebenfalls eingeschränkt werden. So soll etwa die familiäre Situation oder die kulturelle oder soziale Integration nicht mehr als Kriterium einer möglichen Rücknahme der Entscheidung gelten.

Schlechte Noten gibt es auch in Sachen Sicherheitsverwahrung. Zwar soll diese auf sechs Monate beschränkt werden, obwohl die Direktive bis zu 18 Monate vorsieht. Doch Länder wie Frankreich setzen hier eine Obergrenze von 45 Tagen fest. Die CCDH weist außerdem darauf hin, dass das Einsperren von abgewiesenen Flüchtlingen nur ein letztes Mittel sein darf, während das Gesetzesprojekt hier fast von einem Regelfall ausgeht.

Ein hinreichender Schutz für besonders gefährdete Personen - etwa Kinder oder Frauen - fehlt in der Vorlage 6218 ebenfalls. Insbesondere ist kein Mechanismus vorgesehen dann besondere Achtsamkeit walten zu lassen. So ist nicht ausgeschlossen, dass Minderjährige nicht auch im „Centre de rétention“ landen, was mit dem Artikel 37 der Kinderrechtskonvention unvereinbar wäre. Und auch für Frauen, die oft Opfer auch häuslicher Gewalt sind, wünscht sich die CCDH klare Verfahrensvorgaben, wie etwa Interviews in Abwesenheit der Familienmitglieder.

## SHORT NEWS

## Lang lebe der LKW-Tanktourismus!

Wann das Ministerium für Nachhaltigkeit umbenannt wird ist nicht bekannt, doch der neue Name steht schon fest: Ministerium für Beton und Öl. Das jedenfalls geht aus der Art und Weise hervor, wie Minister Claude Wiseler am vergangenen Dienstag im Plenum eine Frage des DP-Abgeordneten Eugène Berger beantwortete. Dieser wollte wissen, wie die Regierung mit den Folgen des LKW-Tanktourismus umzugehen gedenke. Berger führte eine Reihe von Beispielen an, wie Lastwagen auf der Suche nach Tankstellen die Verkehrssicherheit massiv gefährden. Er wollte wissen, ob die Regierung neue Vorschriften plant, und wie gut die bestehenden kontrolliert werden. Claude Wiseler versicherte, die bestehenden gesetzlichen Mittel reichten aus. Über schärfere Kontrollen hinaus verwies er auf das Potenzial intelligenter Parksysteme - ohne auf deren Kosten einzugehen. Er erinnerte daran, dass der Autobahn-Ausbau auf drei Spuren - im Budget fest eingeplant, im Gegensatz zum Tram - die Situation auf bestimmten Problemabschnitten entschärfen werde. Schließlich verwahrte er sich, wie sämtliche Umweltminister der vergangenen 15 Jahre, gegen die Bezeichnung „Tanktourismus“. Der Rush auf die luxemburger Zapfsäulen sei weniger eine Folge des günstigen Preises als der Lage Luxemburgs auf der Nord-Süd-Transitachse, wie es der Experte Dieter Ewringmann belegt habe. Auch für das alte - ökonomisch absurde - Argument, bei einer Preiserhöhung werde nicht weniger getankt, sondern nur anderswo, wurde der liberale Umweltökonom bemüht. Ob sich der vor über zehn Jahren vom Mouvement écologique „importierte“ Ewringmann wirklich zum Alibi-Ökologen einer Politik des Stillstands geworden ist, wird man demnächst sehen. Der Experte ist federführend bei der Ausarbeitung des Klima-Partenariats, bei dem der Tanktourismus eines der Konfliktthemen ist.

## Jägerlatein gegen Jagdgesetz

„Massive öffentliche Protestaktionen“ hatte die Jägerföderation vor wenigen Wochen angekündigt (woxx 1107). Sie hat Wort gehalten: Mehrere hundert Grünröcke und Sympathisanten hatten sich am 30. April auf der Place Clairefontaine versammelt. Die Rede des Präsidenten Georges Jacobs machte klar, dass die Jägerschaft nicht von ihren konservativen Positionen abrücken will, obwohl die Reform des Jagdgesetzes in eine andere Richtung zeigt. Jacobs versuchte, die Jäger als die wahren Naturfreunde darzustellen, „die wohl zehnmal mehr Bäume gepflanzt haben als alle Ökovereine zusammen“. Von der Politik vernachlässigt, konfrontiert mit dem starrköpfigen Minister Marco Schank, der seine Jagdreform unbedingt durchpeitschen wolle, bleibe nur noch der Aufstand, „wie seinerzeit in der DDR und jetzt in Nordafrika“. Mit einer Warnung vor dem „Verlust der Mitte“ und einem Hoch auf die „anständigen“ Jäger, „unsere“ Natur und „unser“ Land umwarb der Föderationspräsident sowohl Nationalkonservative als auch naturnahe Menschen, vom Bienenzüchter bis zum Winzer. Letztere bedauern gewiss manchmal die Distanz zwischen den mehrheitlichen, von der urbanen Kultur geprägten Naturvorstellungen und einem wirklichen Naturverständnis, doch ob sie sich dafür mit Jacobs' reaktionärem Diskurs identifizieren können, ist zweifelhaft. Außerdem kommt die Mobilisierung zu spät: Die Chamberkommission hat den neuen Gesetzestext abgesegnet und er dürfte das Parlament ohne Gegenstimme passieren. Auch die von der Föderation bemängelte und von der DP zum Anlass für eine Enthaltung genommene Annullierung der Vergabe von Jagdlosen nach dem alten Gesetz ist eine rechtliche Notwendigkeit. Das alte Gesetz sieht kein Opt-out vor für Grundbesitzer, die die Jagd ablehnen. Doch das Schneider-Urteil des europäischen Gerichtshofes zugunsten eines Jagdgegners macht diese Art der Zuteilung hinfällig. Weil die Vergabe normalerweise Anfang 2011 stattfinden sollte, das neue Gesetz aber noch nicht fertig war, muss nun gegebenenfalls die Zuteilung eines Jagdlosen rückgängig gemacht werden - per Gerichtsverfahren oder eben per rückwirkende Annullierung. Diese Passage im Gesetz ist auch vom Staatsrat nicht beanstandet worden und so stehen vermutlich auch hier die Jäger wieder auf verlorenem Posten.